

Offene Worte

Online Nr. 92

Zeitung der LINKEN für den Barnim 14. März 2021, 30. Jahrg.



»Skandal im Skandal: Union und SPD verhindern Abstimmung über Gesetzentwurf, der bezahlte Lobbyarbeit von Abgeordneten verbietet.«

Jan Korte

Ein Gesetzentwurf der LINKEN im Bundestag, wonach bezahlte Nebentätigkeiten von Abgeordneten als Lobbyisten verboten werden sollen, haben CDU/CSU und SPD letzte Woche von der Tagesordnung des Bundestages genommen. „Es ist ein Skandal im Skandal, dass die Regierungskoalition mit Verfahrenstricks die Abstimmung über einen Gesetzentwurf einer Oppositionsfraktion verzögert“, kritisiert Bundestagsabgeordneter Jan Korte. Er schlägt ein gemeinsames Vorgehen vor: „Da wir wissen, dass die Union aus ideologischen Gründen auch noch so guten Anträgen der LINKEN nicht zustimmen kann, wären wir bereit, unseren Gesetzentwurf zugunsten eines interfraktionellen Gesetzentwurfs zum Verbot der bezahlten Lobbytätigkeit von Abgeordneten zurückzuziehen.“

Verdienstauffall bisher kaum erstattet

Wer in Quarantäne geht, ein Tätigkeitsverbot erhält oder durch die Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen betroffen ist, erhält nach § 56 des Infektionsschutzgesetzes Entschädigungsleistungen. In Brandenburg wurden im Jahr 2020 insgesamt 15.000 Anträgen gestellt, davon sind bisher 12.000 Anträge nicht bearbeitet worden. Dies betrifft allein die Anträge aus der ersten Welle. Anträge aus diesem Jahr wurden bisher noch gar nicht bearbeitet, obwohl laut Bearbeitungsfristen dies innerhalb von drei Monaten geschehen muss.



Es ist ein Skandal, dass das Land Brandenburg so vielen Menschen die Erstattung ihres Verdienstauffalles bisher schuldig geblieben ist. Ich fordere die Landesregierung und die zuständige Ministerin Ursula Nonnemacher auf, schnell Abhilfe zu schaffen und durch gezielte Organisations- und Personalmaßnahmen den Antragstau abzubauen.

Das zuständige Ministerium hat mit Corona, der Afrikanischen Schweine- und der Geflügelpest zur Zeit viel zu leisten, was es insgesamt zu überfordern scheint. Dennoch darf es nicht so bleiben, dass viele mit berechtigten Ansprüchen ihrem Geld hinterher rennen müssen.

*Ronny Kretschmer
Gesundheitspolitiker
der LINKEN im Landtag*

„Ohne Solidarität ist alles doof!“

Parteiübergreifende gemeinsame Aktion in Uckermark und Barnim:
Bessere Unterstützung für Schulen, Pflege und Zugang zu Hilfspaketen gefordert

Unter dem Motto ‚Aus der Krise lernen – Ohne Solidarität ist alles doof‘ fand am 20. Februar in Prenzlau eine Kundgebung statt. Knapp 100 Besucher:innen folgten dem Aufruf von aktiven Einzelpersonen und Menschen verschiedener Initiativen aus der Uckermark und dem Barnim. Begonnen wurde die Kundgebung mit Schweigeminuten sowohl für die Opfer des Anschlags von Hanau, bei dem ein Rechtsextremist neun Menschen ermordete, als auch für alle verstorbenen Menschen an und mit Corona. Sieben kraftvolle und mit umfangreichen Themen gespickte Redebeiträge von Menschen aus der Uckermark stellten einen Großteil des Programms dar. Neben dem kritischen Umgang mit Verschwörungsmäthen wurden auch die Themen Antisemitismus, soziale Ungleichheiten und Kapitalismus behandelt. Auch wenn die Hygienemaßnahmen der Regierung (Abstand, Hygiene, Alltagsmaske) als richtig und notwendig verstanden wurden, gab es Kritik an einer ungerechten, autoritären und

wirtschaftsorientierten Verteilung von Corona-Hilfsgeldern. Als Redner:innen kamen unter anderem Diana Sandler, Beauftragte gegen Antisemitismus und für den Dialog mit den Religionsgemeinschaften im Land Brandenburg und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Brandenburg, sowie Judith Porath, die Geschäftsführerin der „Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.“ zu Wort.

Die mangelhafte Unterstützung des Pflege-, Gesundheits- sowie Schulsektors von Seiten der Bundesregierung wurde durchgängig kritisiert. Ebenso wurde auf die Missstände und teils prekären Lagen von Obdachlosen, geflüchteten Menschen und Frauen aufmerksam gemacht.

Selbstständige und Menschen aus dem Bereich der Pflege übten deutliche Kritik an den Coronaleugnern:innen und der Querdenkenbewegung. Sie wurden dazu aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen umgehend zu beachten, um die

Krise nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Kritik hatten die Unternehmer:innen aber auch an der Bundesregierung: Es gäbe ‚nur unzureichenden Zugang zu den Hilfspaketen, um laufende Kosten zu bewältigen‘, sagte Mazi Qaderi, ein Prenzlauer Unternehmer sowohl im Gastro- also auch im Pflegebereich.

Lösungen sahen die Redner:innen in einem achtsameren Miteinander, Solidarität und mehr Partizipation. Sie forderten mehr Möglichkeiten zur Teilhabe, Kooperation und Mitbestimmung in allen Bereichen des Lebens: in der Familie, am Arbeitsplatz bis hin zur Politik selbst. ‚Liebe Lokalpolitiker*innen, wenn sie denn heute da sind: Überlassen Sie die Bürger:innennähe nicht der AfD!‘, schallte es von der Bühne.

Moderiert wurde die Veranstaltung mit viel Herzblut von Isabelle Czok-Alm, Kreisvorsitzende der LINKEN im Barnim.

*Lothar Priewe,
Kreisvorstand der VVN/BdA
Uckermark/Barnim*

Aufstehen gegen Rassismus:

21. März, Prenzlau

Die Ortsgruppe der bundesweiten Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“, die eine der Veranstalter:innen der Kundgebung in Prenzlau am 20. Februar war (nebenstehend), lädt zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ am 21. März, 14 bis 17 Uhr, zu einer weiteren Veranstaltung auf dem Marktberg in Prenzlau ein.

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW
am 17. März